

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort.

TOP 26 – Für den Erhalt der Sektion für  
Sexualmedizin am UKSH in Kiel

Dazu sagt der hochschulpolitische Sprecher der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen,  
**Rasmus Andresen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

## Für den Erhalt der Sexualmedizin

**Nr. 034.12 / 25.01.2012**

Laut geschätzten Zahlen von Opferschutzverbänden werden jährlich in Deutschland 200.000 bis 350.000 Kinder sexuell missbraucht. In regelmäßigen Abständen geht ein berechtigter Aufschrei durch die Medien und die Politik. Die Debatten zeigen, wie ohnmächtig wir sind.

Es fällt uns schwer einen angemessenen Umgang mit sexuellem Missbrauch zu finden. Ich bin deshalb froh, dass es Opferschutzverbände gibt, die Opfer sexuellen Missbrauchs beraten und Hilfestellungen im Alltag geben.

Ich bin auch froh, dass es Wissenschaftler\_innen gibt, die wissenschaftlich zur sexuellen Identität und Störungen arbeiten. Sie füllen eine Lücke in einem sehr sensiblen und wichtigen Bereich. Die Kieler Sexualmedizin um Prof. Bosinski leistet diese Arbeit. Es wäre verheerend, sie den Bach runter gehen zu lassen.

Vor wenigen Wochen gab es eine ähnliche Debatte zur sexualmedizinischen Ambulanz im Hessischen Landtag. Meine Grüne Kollegin, Sarah Sorge, bekam sogar von Sexualstraftätern die Bitte, sich für den Erhalt der Sexualmedizin in Frankfurt einzusetzen. Wir müssen uns der politischen Verantwortung gegenüber den Betroffenen stellen. Deshalb sind wir Grüne für den Erhalt der Kieler Sexualmedizin.

Wir brauchen die Arbeit der Wissenschaftler\_innen, um uns nachhaltig mit Sexualstraftaten auseinanderzusetzen und sie fachlich begutachten zu lassen.

Aber es geht nicht ausschließlich um Opfer von sexuellen Missbrauch und deren Täter. Es geht bei der Arbeit des Instituts auch um sexuelle Identität. Im Institut wurden in den vergangenen Jahren viele trans-, inter- und homosexuelle Menschen beraten. Gerade viele junge Menschen wurden im Umgang mit der eigenen sexuellen Identität geholfen.

Der Umgang mit sexueller Identität ist in weiten gesellschaftlichen Teilen ein Tabuthema.

Ich erinnere hier an die Debatte zur Homophobie, in der Teile dieses Hauses leugneten, dass Homophobie in Schleswig-Holstein existiert. Da es in der Vergangenheit von ihrem Ministerium, Herr De Jager, immer wieder als Argument hervorgebracht wurde, möchte ich es hier deutlich sagen: Hören Sie endlich auf, die Arbeit der Sexualmedizin nur darüber zu bewerten wie kostenträchtig sie ist.

Es geht bei der Sexualmedizin um unsere politische Verantwortung für einen wichtigen Bereich. Um nichts anderes! Politisch haben wir als Land eine große Verantwortung. Es hilft keinem den Schwarzen Peter immer weiter zu schieben.

Bereits seit 1997 gab es immer wieder öffentliche Debatten. Wenig ist hingegen passiert. Sowohl die Christian-Albrechts-Universität wie das UKSH haben deutlich gemacht, dass Sie fachlich die Arbeit von Prof. Bosinski schätzen. Schon 2008 hat der UKSH-Vorstand dem Wissenschaftsministerium einen Brief geschrieben, in dem Sie auf die unsichere Zukunft der Sexualmedizin hinwiesen. Leider ist nichts passiert, obwohl oder eher weil Sie damals schon Verantwortung im Ministerium hatten, Herr De Jager?

Es kam einem Trauerspiel gleich, dass CDU und FDP letzte Woche im Bildungsausschuss zur Sexualmedizin nicht sprechfähig waren. Wir haben letzte Woche im Ausschuss beantragt, dass die Landesregierung ressortübergreifend mit UKSH und Christian-Albrechts Universität ein Konzept zum Erhalt der Sexualmedizin entwickeln soll.

Am Wochenende hat scheinbar die FDP endlich auch den Ernst der Lage erkannt. Warum fällt Ihnen erst jetzt auf, dass die Sexualmedizin wichtige Arbeit leistet? Was haben Sie in den letzten Jahren eigentlich für Initiativen im Hochschulbereich vorzuweisen? Richtig. Nichts! Ihr gemeinsamer Antrag mit der CDU ist nicht viel mehr als blanker Populismus. Er wird nichts bewirken! Wenn es nach Ihnen geht, sollen UKSH und Universität alleine eine Lösung finden. Das ist der Status Quo, und er funktioniert nicht.

Von Polizeigewerkschaft über juristische Verbände bis zum Uni-Asta haben viele an uns appelliert, dass wir uns aktiv für den Erhalt einsetzen. Lassen Sie uns gemeinsam die Sexualmedizin retten. Hören Sie also auf, ständig dieses Thema zu vertagen und bekennen Sie sich zu unserer Verantwortung.

\*\*\*